

31.10.2014 – PM 88/2014

Fehlende Ausbildungsplätze

IG BAU fordert Ausbildungsumlage der gesamten Wirtschaft

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Politik auf, die berufliche Ausbildung stärker in den Fokus zu rücken. „Jedes Jahr müssen wir im Herbst feststellen, dass wieder viele Tausend junge Menschen keine Ausbildungsstelle finden. Jedes Jahr gibt es dann betroffene Gesichter und Sonntagsreden der Politiker, die schnell vergessen sind“, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten Burckhardt. „Das muss endlich aufhören. Jeder hat eine Chance verdient. Jeder muss wissen, dass er in dieser Gesellschaft gebraucht wird und sich eine Zukunft aufbauen kann. Sind wir dazu nicht in der Lage, muss sich niemand wundern, wenn junge Menschen ihre Wut über fehlende Perspektiven auf der Straße auslassen. Sie haben schon zu Beginn ihres Lebens nichts mehr zu verlieren. Niemand wird einfach so von sich aus zum Hooligan. Diese Jugendlichen werden durch Vernachlässigung von Politik und Gesellschaft zu Hooligans gemacht.“

Die IG BAU fordert, dass die Politik einen Rahmen schafft, wodurch alle Betriebe an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden. „Bei der von der Bundesregierung geplanten neuen Allianz für Berufliche Bildung muss das Thema Ausbildungsabgabe zwingend auf die Agenda“, sagte Burckhardt. Laut DGB-Gutachten ist es rechtlich möglich, dass die Bundesländer eine solche Umlage erheben können.

In der Bauwirtschaft hat die IG BAU zusammen mit den Arbeitgebern bereits seit Jahren ein System der gemeinschaftlich finanzierten Berufsausbildung geschaffen. Mit dieser Ausbildungsförderung hat die IG BAU sehr gute Erfahrungen: Alle Betriebe der Branche zahlen eine Umlage. Davon erhalten die Ausbildungsbetriebe einen Großteil ihrer Ausbildungskosten ersetzt. Die Kosten der betrieblichen Ausbildung werden komplett ersetzt, die Ausbildungsvergütung gestaffelt nach Lehrjahren.